№ 236
Stg. 20

Sonntags-Ausgabe.

Berlin

Sonntag 18. Mai 1924

Vossische Zeitung

20 Pfennig
(200 Milliarden)

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 4.20 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausnahme d. Inseraten): Carl Misch, Berlin. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 – 3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 – 3695. Telegramm-Adresse Ullsteinhaus. Postscheckkonto Berlin 660.

Das Organisationskomitee beginnt.

Am 22 Mai.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

s **Paris**, 17. Mai.

Die erste Sitzung des Organisationskomitees zur Gründung einer Gesellschaft für die deutschen Eisenbahnen wird, wie die Reparationskommission nach Uebereinkommen mit der Kriegslastenkommission beschlossen hat, am Donnerstag, dem 22. Mai, in Paris stattfinden. Die alliierten Regierungen werden vertreten sein durch die Herren Loverve und Aeworth, Deutschland durch Staatssekretär Vogt vom Reichsverkehrsministerium und Staatssekretär a. D. Bergmann. Diese vier Herren sollen, wie bekannt, ein fünftes neutrales Mitglied ernennen. Sollten sie sich über die Ernennung nicht einig werden, so wird die Repko das neutrale Mitglied ernennen.

Staatssekretär Bergmann hatte heute vormittag eine erste Unterredung mit dem französischen Mitglied des Organisationsausschusses Loverve.

Briand besteht auf Millerands Rücktritt.

Paris, 17. Mai. (W. T. B.)

Der geschäftsführende Ausschuß der sozialistisch-republikanischen Partei (Painlevé-Briand) hat eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, die Partei werde sich an keiner Regierung beteiligen, die nicht fordere, daß der Präsident der Republik Millerand demissioniere, daß die Arrondissementswahlen wiederhergestellt werden, daß eine allgemeine Amnestie bewilligt werde, daß die Umsatzsteuer beseitigt und durch eine Vermögenssteuer ersetzt werde, und daß die freundschaftlichen Verhandlungen mit den Alliierten zur raschen Regelung des Reparationsproblems und der Sicherheitsfrage auf Grund des Sachverständigenprotokolls durchgeführt werden.

Der Abgeordnete und ehemalige Ministerpräsident **Painlevé** hat der „Information“ Erklärungen über die Finanzpolitik der neuen Kammermehrheit abgegeben. Ihre erste Sorge sei, sagte er, einen Ausgleich des Budgets herbeizuführen. Das Budget sei nicht ausgeglichen, man müsse bedenken, daß die vorgesehene Milliarde an Ersparnissen noch im Entwurf stecke. Was bisher gewesen sei, werde bleiben, u. a. auch die 30prozentige Steuererhöhung. Man könne einen Ausgleich nicht von heute auf morgen herbeiführen, aber es sei nicht zu vergessen, daß der Budgetausgleich keine ausschließlich innerpolitische Frage sei. Wenn es gelinge, sich über die Durchführung vor dem Sachverständigenkomitee vertretenen Lösung zu verständigen, werde die Last Frankreichs in dem Maße weniger drückend werden, wie der Plan der Sachverständigen zur Ausführung komme. Dieser Plan sei also bei der gerechten Verteilung der steuerlichen Lasten, wie die neue Mehrheit sie verstehe, mit in Rechnung zu stellen. Sie strebe praktische Lösungen an. Die Arbeiten der Sachverständigen schienen ihr in dieser Richtung zu liegen. Von allebem werde man sagen, daß es dasselbe sei, was auch andere bereits versprochen hätten. Ein folgenschwerer Unterschied sei dabei aber zu berücksichtigen, daß nämlich die neue Mehrheit das, was sie sage, auch ausführen werde. Auf diese Weise gedenke sie auch das Märchen vom französischen Imperialismus zu zerstören und die Frage des völligen Wiederaufbaus in die Wirklichkeit umzusetzen.

Havas bestätigt, daß Ministerpräsident Poincaré bald nach Empfang des Briefes von Ramsay Macdonald an diesen einen zweiten Brief habe abgehen lassen. Dieser zweite Brief sei gestern durch Vermittlung des französischen Botschafters in London überreicht worden.

Im Departement Gard findet morgen eine Ersatzwahl für den verstorbenen Senator Cazelles, der der demokratischen Partei angehörte, statt. Im letzten Augenblick ist, wie „Temps“ berichtet, als Kandidat der ehemalige radikale Abgeordnete Buisson, der Vorsitzende der Liga für Menschenrechte, aufgestellt worden, der bei den Wahlen am letzten Sonntag im dritten Sektor von Paris nicht wiedergewählt wurde.

London, 17. Mai. (W. T. B.)

Wie Reuter erfährt, wünscht Macdonald nicht, daß der Plan einer Zusammenkunft der Alliierten scheitere. Er hege den Wunsch, selbst nach Paris zu fahren, um mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammenzutreffen, falls dieser durch seine Amtstätigkeit stärker behindert sei als er selber.

Der Schiedsspruch abgelehnt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

b **Essen**, 17. Mai.

Die heutige Ruhrkonferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter faßte nach einem eingehenden Bericht über den Gang der Berliner Verhandlungen und nach mehrstündiger Aussprache eine Entschließung, in der die Bestimmungen des Schiedsspruches über den Manteltarif angenommen wurden, dagegen die Bestimmungen über die Mehrarbeit im Ruhrbergbau einstimmig abgelehnt wurden.

Die Ruhrkonferenz des Alten Bergarbeiterverbandes hat sich ebenfalls für die Ablehnung des Schiedsspruches bezüglich der darin enthaltenen Bestimmungen über die Mehrarbeit ausgesprochen.

Die Revierkonferenzen der polnischen Berufsvereinigung und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins finden morgen statt. Ihre Stellungnahme kann aber an der Lage nichts ändern, da diesem Verbande nur ein geringer Teil der Bergleute angehört.

Bochum, 17. Mai. (W. T. B.)

Die vier Bergarbeiterverbände erlassen gemeinsam folgenden Aufruf:

Kameraden! Die Bergarbeiterverbände haben in ihren Konferenzen am 17. Mai 1924 zu dem Berliner Schiedsspruch Stellung genommen. Auf allen Konferenzen wurde der neugeschaffene Manteltarif für annehmbar erklärt. Einstimmig jedoch wurde das Mehrarbeitsabkommen entschieden abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil weder eine besondere Bezahlung noch ein tariflicher Zuschlag für die Ueberarbeit in diesem Schiedsspruch vorgesehen ist. Die festgesetzte Frist für das Mehrarbeitsabkommen, das bis zum 31. März 1925 unkündbar laufen soll, ist von zu langer Dauer. Das Zweischichtensystem für die durchgehenden Betriebe mit einer Wochenschichtzeit von 58 Stunden muß als besondere Härte für die davon betroffenen Arbeiter angesehen werden.

Klar und deutlich brachte die Konferenz zum Ausdruck, daß die Ruhrbergarbeiter gewillt sind, Mehrarbeit aus volkswirtschaftlichen Gründen zu leisten, wenn dieselbe als solche anerkannt und dementsprechend bewertet wird. Nach wie vor ist die Bergarbeiterschaft bereit, zu der tariflich zu Recht bestehenden Arbeitszeit von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage zu arbeiten. Sie wird durch die allem Recht widersprechende Aussperrung seitens der Bergbauunternehmer an der Ausübung der Arbeit behindert. Der Volksgesamtheit erwächst aus diesem Vorgehen der Unternehmer ein unermeßlicher Schade. Auf die Unternehmer allein fällt die Verantwortung.

Ruhrbergleute! Verantwortungslose Elemente sind an der Arbeit. Ueberall im Ruhrrevier auftauchende Sendboten der K. P. D. versuchen, die gewerkschaftliche Disziplin zu untergraben. Die Beauftragten der Union und der K. P. D. treten in offener und verhetzter Form an euch heran mit der Aufforderung, Plünderungen und Gewalttätigkeiten auszuüben. Dieses Vorgehen erhöht die Gefahr der Zertrümmerung unserer Abwehrfront und ist das beste für das Unternehmertum.

Kameraden! Es gilt, in dem uns aufgezwungenen Kampf auszuhalten, gewerkschaftliche Disziplin zu üben und nur den Anweisungen der unterzeichneten Organisationen zu folgen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß die Ruhrbergarbeiterschaft in Ehren und ungebrochen aus diesem schweren Konflikt herausgehen kann.

Die vier Bergarbeiterverbände.

Heute:

Literarische Umschau

Stendhal als Briefschreiber
Neue Romane und Novellen

Der erste Schritt.

Von

Julius Elbau.

In der bolschewistischen Geschichtslegende spielt die dramatische Schilderung eine große Rolle, wie die Matrosen die neugewählte Konstituante auseinander jagten. Das wird als der Gipfel der revolutionären Aktion hingestellt, als die hochbrechende Großtat Lenins, der damit dem westlichen Parlamentarismus ein Ende gemacht und eine neue Aera der Weltgeschichte eingeleitet habe. Diese Großtat hat Nachahmung gefunden. Die Reaktion der ganzen Welt verehrt in Lenin ihren Vorkämpfer.

In Wirklichkeit war Lenins Antiparlamentarismus nur die Quittung über die Enttäuschung, die der Wahlausfall ihm bereitet hatte. Denn vorher war gerade der Ruf nach der allrussischen Konstituante die Parole, mit der die Bolschewisten Anhänger gesucht und gefunden hatten. Die Berufung eines Parlaments auf Grund des freiesten Wahlrechts schien ihnen mit Recht eine revolutionecende Tat, und sie hofften, in der ersten wirklichen Volksvertretung Rußlands die stärkste Partei zu werden. Statt dessen blieben sie weit hinter den Sozialrevolutionären zurück, der Partei des Landvolkes. Lediglich dieser Umstand veranlaßte den Gewaltfreieig gegen die Volksvertretung, aber auch dieser Schritt wurde nicht etwa mit antiparlamentarischen Gründen gerechtfertigt, sondern lediglich als vorübergehende Maßnahme hingestellt, da das Wahlergebnis nicht der „wirklichen Stimmung“ des Landes entspreche und die Kommunisten nicht imstande gewesen seien, ihre Grundsätze und Pläne den breiten Massen genügend darzulegen. Die Vertagung der Konstituante sollte aber nicht die Beseitigung des Parlaments bedeuten, sondern die Vorbereitung eines neuen Appells an das Volk, allerdings in einer Art, deren Formlosigkeit nicht gerade sympathisch wirkte. Erst später verloren die Kommunisten den Mut, das russische Volk zum Richter aufzurufen. Sie wußten und wissen, daß eine Volksbefragung gleichbedeutend wäre mit der Feststellung, daß die Zahl ihrer Anhänger kaum wesentlich über den engsten Kreis ihrer Parteimitglieder hinausgeht. Und so machen sie aus der Not eine Tugend, aus dem Gewaltstreich von 1917 eine Legende, aus dem Antiparlamentarismus ein Dogma.

An diese Entwicklung muß erinnert werden in einem Augenblick, wo der neue Reichstag zusammentritt, dessen Zusammensetzung trotz des sogenannten Ruks noch weniger in keiner Weise die Machtansprüche der Deutschnationalen begründet und flüßt. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß die Wahlen zwar eine Schwächung der Parteien der Mitte gebracht haben, aber nicht zugunsten der Rechtsparteien, sondern überwiegend zugunsten der äußersten Linken. Das Wahlergebnis von 1920 kann nur dann zum Vergleich herangezogen werden, wenn man sich die Mühe nimmt, die Verschiebungen in der Parteikonstellation zu berücksichtigen. Damals wurden als Anhänger einer ausgesprochenen Rechtsorientierung, insbesondere auch in den Fragen der Außenpolitik 130 Abgeordnete gewählt. Selbst wenn man die Gildemeister-Gruppe der Deutschen Volkspartei den Deutschnationalen und Landbündlern zurechnet, ergibt sich diesmal eine wesentlich geringere Ziffer. Man muß schon die deutschvölkische Fraktion, die trotz äußerlicher Einigung ebenso viele linksradikale Bestandteile umfaßt, wie Anhänger einer autoritären Richtung, hinzurechnen, um einen Zuwachs der Rechten festzustellen, der aber auch dann sehr geringfügig ist. Gewissen an den 20% Mandaten, die Dr. Helfferich vorher prophezeit hatte! Vielleicht wäre dieses Schätzung nicht übertroffen gewesen, wenn die Wahl in die Zeit dumpfer Verzweiflung gefallen wäre, die im vorigen Herbst alle Kreise des Volkes, außer den Nutznießern der Inflation, erfaßt hatte. Der Umschwung trat in dem Augenblick ein, wo die Stabilisierung trotz aller Leiden wenigstens die Hoffnung auf neue Lebensmöglichkeiten eröffnete. Die politischen Persönlichkeiten, die im Wahlkampf gestanden haben, berichten übereinstimmend, daß die Stimmung von Tag zu Tag ruhiger, sachlicher, gemäßigter wurde. Wenn die Zeit der Aufklärung nicht auf wenige Wochen beschränkt gewesen wäre, so hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach das Ergebnis für die Parteien der Mitte wesentlich günstiger gestaltet. Die Opposition hatte mit der Bearbeitung der Wähler 1920 begonnen. Die Gegenaktion setzte mit voller Wucht erst am Dienstag nach Ostern ein, war also auf zwölf Tage beschränkt.

An dieser Stelle wurde am Tag nach der Wahl dargelegt, daß sie den Höhepunkt der deutschnationalen Konjunktur bedeutet habe; daß die weitere Entwicklung gegen sie zu laufen beginne. Die Erkenntnis, daß dem so sei, ist in der deutschnationalen Presse zur Zeit durch autosuggestive Siegesartikel unterdrückt worden. Inzwischen hat sich diese Auffassung durchgesetzt und sie erklärt, warum die deutschnationalen Kreise mit einer solchen Nervosität an die Pforten der Macht pochen, warum sie es gar nicht abwarten können, warum ihnen jeder Tag verloren erscheint, der vergeht, ohne daß die Geschicke Deutschlands in ihre Hände gelegt werden. Je stärker die inneren Zweifel sind, ob der Machtanspruch durchsetzbar und seine Begründung beweiskräftig